

rung sind aber nach einer Umfrage mit der Bildungspolitik unzufrieden. Eine schwere Hypothek.

Weitere Verbesserungen im Bildungsbereich sind und bleiben ein zentrales Schwerpunktthema von SPD und Senat. Wir haben aufgrund der engen Finanzvorgaben des Bundes und der Länder zuletzt wie gesagt nur sehr geringe Handlungsspielräume gehabt.

Unter anderem durch die Zuwanderung hatten wir in den letzten Jahren auch erhebliche Herausforderungen in Kitas und Schulen. Das haben die vor Ort Verantwortlichen hervorragend gemeistert. Im letzten Jahr haben wir nicht zuletzt aufgrund der guten Steuereinnahmen den Bildungsetat bereits um 200 Millionen Euro auf rund eine Milliarde Euro in 2019 erhöht. Auch die Bildungsausgaben pro Schüler/in haben wir um 500 Euro ganz ordentlich gesteigert. Diesen Weg wollen wir konsequent weitergehen. Ich möchte, dass wir bei den Ausgaben zu den Stadtstaaten Hamburg und Berlin aufschließen. Klar ist: Gute Schule hängt nicht nur am Geld, aber ohne Geld geht auch keine gute Schule.

BLZ: Sie wollen bei den Bildungsausgaben Hamburg und Berlin erreichen. Aber wie soll das gehen bei der großen Differenz?

In dem wir den Bildungsbereich auch in den nächsten Jahren finanziell weiter stärken. Wir werden 95 der 125 Schulen sanieren und neue Schulen bauen. Wir werden die Personalausstattung verbessern, auch verbessern müssen – bei den steigenden Schülerzahlen. Wir werden die Digitalisierung der Schulen vorantreiben und die Qualitätsentwicklung in den Schulen stärken. Dazu zählt auch, dass wir Lehrkräfte dabei unterstützen, dass sie mehr Zeit und Instrumente für eine bessere Diagnostik und Förderung aller Kinder zur Verfügung haben. Wir werden Hamburg und Berlin allerdings nicht innerhalb von einem oder zwei Jahren erreichen. Das wäre abenteuerlich. Wir müssen aber auf das Niveau der anderen kommen.

BLZ: Was wäre denn ein Zeitraum, der nicht abenteuerlich ist?

Jetzt eine Jahreszahl zu nennen wäre unseriös. Wichtig ist, dass wir dem Bildungsbereich weiter höchste Priorität einräumen. Dafür steht die SPD und dafür stehe ich.

BLZ: Nichts ist in der Bildung so entscheidend wie die Jahre vor der Schule. Aus den Kitas kommen aber massive Klagen. Haben Sie die Befürchtung, dass Bremen trotz der 45 Millionen Euro aus dem Gute-Kita-Gesetz nicht aus den Negativschlagzeilen kommt?

Wir haben 2015 die Ressorts Kinder und Bildung zusammengelegt.

Ich habe das auf den Weg gebracht, um das Lernen von Beginn an besser und ohne Brüche organisieren und Übergänge sowohl für Kindern und Eltern als auch das pädagogische Personal passgenauer gestalten zu können. Gerade der Bildungsbereich steht aufgrund der vielfältigen gesellschaftlichen Veränderungen vor enormen Herausforderungen. Das beginnt bei den steigenden Kinderzahlen, was an und für sich ja eine überaus erfreuliche Tatsache ist. Wir haben deshalb das größte Kita-Ausbauprogramm in der Geschichte Bremens gestartet und mehr als 3000 neue Kita-Plätze allein seit 2016 geschaffen. In diesem Kitajahr kommen weitere 800 hinzu. Dabei dürfen wir die Qualität nicht aus den Augen verlieren. Deshalb setzen wir die Mittel aus dem Gute-Kita-Gesetz auch für den Qualitätsausbau und die Qualitätssicherung, bspw. zur Stärkung der Sprachförderung und Fachkräftegewinnung ein.

BLZ: Die Kritik reißt aber nicht ab. Zuletzt wurde die unterschiedliche Bezahlung von Erzieher/innen moniert – bei Kita-Bremen, bei den freien Trägern und auch bei den Erzieher/innen im Grundschulbereich. Wie sieht der Plan für die Angleichung aus?

Insbesondere dort, wo die Herausforderungen besonders hoch sind, weil die Kinder nicht so starke Unterstützung aus dem Elternhaus mitbringen, sind wir in der Verant-

wortung. Für uns bedeutet das, Ungleiches auch ungleich zu behandeln. Daher fangen wir nun an, Erzieher/innen mit der Bezahlung 8b dort besser zu entlohnen, wo die Herausforderungen in der pädagogischen Arbeit aufgrund der örtlichen Sozialstruktur größer sind als anderswo. Auch, weil wir in diesen Stadtteilen dringend qualifiziertes Personal brauchen.

BLZ: Gilt nicht auch für Erzieher/innen: Gleiches Geld für gleiche Arbeit?

Ja natürlich gilt das am Ende, und ich wiederhole mich gern, das ist auch unser Ziel. Aber wir beginnen nun eben damit, die zusätzlichen Mittel dort sehr gezielt einzusetzen, wo die Herausforderungen am größten sind.

BLZ: Handelt es sich nicht eher um eine Verzweiflungsmaßnahme, um das Personal der Brennpunkt-Kitas zu sichern? Werden die Beschäftigten damit nicht gegeneinander ausgespielt?

Nein, das ist keine Verzweiflungstat, das ist eine bewusste politische Entscheidung. Und ich hätte schon erwartet, dass die GEW diesen Schritt als einen Einstieg in die ganz ohne Zweifel notwendige bessere Bezahlung aller Erzieher/innen positiv begleitet.

BLZ: Sie nehmen also den Unmut bei den Erzieher/innen in einigen Stadtteilen in Kauf?

Wenn wir in der Bildungssituation insgesamt aufschließen wollen, müssen wir insbesondere dort mehr und früher unterstützen, wo die Rahmenbedingungen am schwierigsten und die Herausforderungen am größten sind.

Und nochmal: dort suchen wir auch händeringend gutes Personal. Deshalb sind wir diesen bewussten Schritt gegangen. Damit stärken wir auch den sozialen Zusammenhalt in unserer Stadt.



Die BLZ zu Gast in Sielings Arbeitszimmer: Nach dem Interview der obligatorische Fototermin.

Foto: Städler

BLZ: Und wann kommt die Angleichung?

Der nächste Schritt ist noch nicht genau geplant. Nach der Wahl wird es Koalitionsverhandlungen geben, der Doppelhaushalt 2020/2021 steht an. Dort werde ich darauf achten, dass wir einen Fahrplan zur Erreichung von »8b für alle« vereinbaren. Das ist mein Ziel.

BLZ: Reizthema Inklusion: Reginald Eichholz, Ex-Kinderbeauftragter von NRW, äußert dazu: Eltern hätten nur das Qualrecht zwischen gut ausgestatteten Förderschulen und unzureichenden Regelschulen. Er erwähnt auch Bremen. Was nützt eine hohe Förderquote, wenn die Ausstattung fehlt? Kann man dann überhaupt noch von Inklusion sprechen?

Es ist klar, dass wir in der Inklusion noch weitere Schritte gehen müssen, aber wir sind auf dem richtigen Weg.

Andere Länder müssen da erheblich stärker nacharbeiten. Wir haben in Bremen ein sehr ehrgeiziges Tempo angelegt.

Ich bin häufig in den Schulen unterwegs und weiß daher auch aus vielen Gesprächen mit welchen Herausforderungen dieser Prozess gerade für die Lehrerinnen und Lehrer verbunden ist. Und ich bedanke mich ganz ausdrücklich bei allen für das große Engagement und die gute Arbeit unter nicht immer einfachen Bedingungen, das weiß ich. Andererseits hört man, auch aus Fachverbän-

den: Ihr seid noch lange nicht perfekt, aber ihr habt die richtige Richtung vorgegeben. Inklusion ist ein wichtiger Schwerpunkt. Hier war Bremen stets Vorreiter und diesen Weg gehen wir weiter.

BLZ: Bei den Jugendberufsagenturen (JBA), ein Wahlversprechen schon von 2015, läuft es immer noch nicht rund und effektiv. Zum Beispiel die mangelhafte Kooperation der verschiedenen Rechtskreise.

Die Jugendberufsagentur ist eine wichtige Verbesserung, damit wir junge Menschen beim Übergang von der Schule ins Berufsleben möglichst gut unterstützen können. Um der Armut in Bremen ihren Boden zu entziehen, sind gute Berufsabschlüsse der Jugendlichen ein wichtiger Garant und die JBA hierfür ein zentraler Hebel. Der Arbeitssenator und auch ich führen daher regelmäßig Gespräche, um die JBA zu stärken und verbleibende Hürden aus dem Weg zu räumen. Unter anderem stellt das Bundesrecht und der Datenschutz hier sehr hohe Anforderungen. In diesem Punkt ist es gelungen, dass Hamburg und auch Bremen eine Ausnahmegenehmigung bekommen. Es geht also voran – auch wenn ich manchmal vor Ungeduld platzen könnte....

BLZ: Der islamische Religionsverband Ditib ist ja wieder Thema: Vorstände wurden auf Geheiß aus

Ankara ausgetauscht, auch in Bremen/Niedersachsen. Die Regierung in Niedersachsen hatte einen Konflikt mit Ditib, weil die einen Passus zur sexuellen Diskriminierung nicht im Lehrplan haben wollten. In Bremen scheint es keine Probleme mit Ditib zu geben.

In Bremen haben wir keinen konfessionsgebundenen Religionsunterricht. Deshalb stellt sich diese Frage hier bei uns in dieser Form nicht. Ansonsten setzen wir auf den Dialog und arbeiten mit den einzelnen Verbänden, mit denen wir auch vertragliche Beziehungen unterhalten, seit Jahren vertrauensvoll zusammen.

BLZ: Zum Schluss eine Spekulationsfrage: Würden Sie auch Bürgermeister einer rot-grün-roten Koalition sein wollen, wenn die CDU mehr Stimmen bekommt als die SPD, aber keine Regierung zustande bekommt?

Wir stehen vor einer Richtungswahl.

Wenn die SPD nicht stärkste politische Kraft wird, haben die von Ihnen in diesem Interview angesprochenen gewerkschaftlichen Ziele keine Chance. Dann droht eine Jamaika-Koalition - mit allen Folgen. Ich stehe mit der SPD dafür, dass Bremen weiterhin sozial und weltoffen bleibt.

Die Fragen stellte Werner Pfau und Karsten Krüger